

V-3-085-2 Die Lage in Israel und Palästina und die Auswirkungen auf unser Zusammenleben in Berlin

Antragsteller*in: Manfred Herrmann (KV Berlin-Neukölln)

Änderungsantrag zu V-3

Von Zeile 85 bis 89 löschen:

~~Parallel dazu muss Deutschland die Anerkennung eines Staates Palästina im Rahmen einer gemeinsamen europäischen Initiative zügig vorantreiben. Es braucht einen souveränen, sicheren palästinensischen Staat an der Seite eines sicheren Staates Israel, um dauerhaften Frieden sicherzustellen.~~ Jegliche Schritte, die zur Deeskalation und Frieden in der Region beitragen, können nur am

Begründung

- Die politische Energie sollte angesichts der gegenwärtigen unerträglichen Situation auf die im Antrag angeführten kurzfristigen Lösungen konzentriert werden; die Bundesregierung kann genügend EU-/europäische Solidarität durch Unterstützung der Pläne der EU-Kommission zeigen.
- Welches Palästina soll die Bundesregierung anerkennen? Die halbstaatliche de-jure-Regierung der PLO in der Westbank oder die de-facto-Herrschaft der Hamas in Gaza und manchen Orten der Westbank? Welches Ergebnis hätten künftige Wahlen in dieser seit 2006 völlig gespaltenen Gesellschaft?
- Viele offene Fragen wie das Staatsgebiet eines palästinensischen Staates (incl. Gebietstausch), gegenseitige Sicherheit oder Nutzung von Wasser- und Gasvorkommen müssten vor einer Anerkennung in einer Friedensregelung mit dem verflochtenen Nachbarstaat Israel geklärt werden.
- Die palästinensische Autonomiebehörde verfügt bereits über internationalen Einfluss: sie hat seit 2012 Beobachterstatus bei den UN und ist Mitglied zahlreicher anderer internationaler Organisationen.

Unterstützer*innen

André Meral (KV Berlin-Tempelhof/Schöneberg); Dario Planert (KV Berlin-Neukölln); Susanne Zissel (KV Berlin-Spandau); Hannah Wettig (KV Berlin-Pankow); Andreas Otto (KV Berlin-Pankow); Mathias Kraatz (KV Berlin-Pankow); Katrin Schaar (KV Berlin-Steglitz/Zehlendorf)